

sinnvollen Uebergangsregelung Rechnung zu tragen. Zweckmässig und sinnvoll ist eine solche Uebergangsregelung dann, wenn sie das Ausbildungskonzept und die Pflicht zum Besuch von Kursen und Uebungen raschmöglichst dem Konzept von «Zivilschutz 95» anpasst.

Analog zur Armee ist ein erster Schritt (z. B. Aufhebung der Ausbildungspflicht für über 57jährige) bereits auf den 1. Januar 1991 anzuordnen.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 27. März 1991

Rapport écrit du Conseil fédéral du 27 mars 1991

Die Kantone wurden am 7. Dezember 1990 über die Neuregelung ins Bild gesetzt, wonach die Gemeinden ab 1991 auf die Einberufung der Mannschaftsjahrgänge 1931–1934 zu Ausbildungsdiensten verzichten können. Ab 1992 ist der Verzicht auf die Ausbildung von Mannschaftsjahrgängen gesamtschweizerisch wie folgt angeordnet:

- 1992 die Jahrgänge 1932–1938
- 1993 die Jahrgänge 1933–1942
- 1994 die Jahrgänge 1934–1943.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Der Bundesrat beantragt, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Abgeschrieben – Classé

90.923

Postulat Fankhauser

Sexuelle Ausbeutung von Kindern

Abus sexuels sur des enfants

Wortlaut des Postulates vom 10. Dezember 1990

Der Bundesrat wird eingeladen, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Selbsthilfeorganisationen Massnahmen zu entwickeln und durchzuführen, die folgende zwei Punkte beinhalten:

- Hilfe für die Opfer von sexueller Ausbeutung im Kindesalter sowie für deren Familien, wo sehr oft der Täter auch zu finden ist.
- Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern.

Texte du postulat du 10 décembre 1990

Le Conseil fédéral est invité, en collaboration avec les cantons et les organisations d'aide mutuelle, à prendre des mesures s'appliquant aux deux points suivants:

- Aide aux enfants victimes d'abus sexuels ainsi qu'à leurs familles, dont l'auteur de l'abus fait souvent partie.
- Lutte contre les abus sexuels sur des enfants.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Bäumlín, Bodenmann, Braunschweig, Brügger, Bundi, Carobbio, Danuser, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Herzog, Jeanprêtre, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Longet, Mauch Ursula, Rechsteiner, Ruffy, Stappung, Ulrich, Zbinden Hans, Züger (24)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Laut Kinderagentur werden jährlich 40 000 bis 45 000 Kinder ausgebeutet. In 90 Prozent aller Fälle soll der ausbeutende Erwachsene dem Kind bekannt sein.

Anlässlich der Beratung der StGB-Revision «Strafbare Handlungen im Sexualbereich» wurde bald einmal klar, dass Strafnormen nur marginal die Problematik erfassen können. Zu

sehr sind Opfer und Täter gesellschaftlich verbunden, zu komplex sind die Rollen von KlägerIn und Angeklagtem. Es kann daher nicht erwartet werden, dass einzig eine verschärfte Strafandrohung die Tabus brechen wird.

Aufklärung, Information und Aussprachemöglichkeiten bringen den Opfern Linderung. Eine öffentliche Enttabuisierung des Themas würde dazu beitragen, die Anzahl der sexuell ausgebeuteten Kinder in unserem Land zu reduzieren.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

vom 4. März 1991

Déclaration écrite du Conseil fédéral

du 4 mars 1991

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

90.939

Postulat Danuser

Revision der Abgasverordnung 87

Gaz d'échappement.

Révision de l'ordonnance 87

Wortlaut des Postulates vom 12. Dezember 1990

Der Bundesrat wird aufgefordert, eine Revision der Abgasverordnung 87 vorzubereiten und dabei die Emissionsvorschriften für Fahrzeuge dem Stand der Technik anzupassen, wie er kürzlich in den neuen Emissionsvorschriften in Kalifornien festgeschrieben wurde. Bei dieser Revision sollen endlich auch Emissionsgrenzwerte für Baumaschinen und landwirtschaftliche Fahrzeuge festgelegt werden.

Texte du postulat du 12 décembre 1990

Le Conseil fédéral est invité à préparer la révision de l'ordonnance de 1987 sur les gaz d'échappement, afin d'adapter les prescriptions sur les émissions des véhicules à l'évolution de la technique, comme la Californie vient de le faire. Il saisira cette occasion pour fixer enfin des valeurs limites d'émission pour les machines de chantier et les véhicules agricoles.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann, Bär, Bäumlín, Béguelin, Bircher Silvio, Braunschweig, Carobbio, Diener, Euler, Fankhauser, Hafner Rudolf, Haller, Herzog, Jaeger, Ledergerber, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Leutenegger Oberholzer, Maeder, Mauch Ursula, Meier-Glattfelden, Meier Samuel, Meyer Theo, Neukomm, Rechsteiner, Ruffy, Schmid, Seiler Rolf, Stamm, Steffen, Uchtenhagen, Ulrich (32)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Bekanntlich hat der Bundesrat, abgesehen vom Parlament, schon vor Jahren wichtige Zielvorgaben in der Luftreinhaltepolitik formuliert und auch in der Luftreinhalte-Verordnung in Form von Immissionsgrenzen festgeschrieben.

Heute wissen wir alle, dass diese Ziele, insbesondere die Einhaltung der Belastungsgrenzwerte, bis ins Jahr 1994/1995 nicht erreicht werden können. Gleichzeitig erweist sich in den neusten Ergebnissen der Waldschadenuntersuchungen, dass der Wald heute mehr denn je geschädigt ist und dass ein Ende dieser dramatischen Entwicklung nicht abzusehen ist. Alle Versuche, das Problem an der Quelle zu lösen, sind bis jetzt gescheitert. Der private Strassenverkehr wächst mit Zuwachsraten von vier bis fünf Prozent jährlich weiter, und mit ihm wachsen die Umweltbelastungen. Es führt deshalb kein Weg daran vorbei, die technisch machbaren Verbesserungen einzuführen, d. h., die Abgasvorschriften müssen neu dem technisch Machbaren angepasst werden.

Dieses Postulat ist um so mehr fällig, als auch das Umweltschutzgesetz verlangt, dass die Massnahmen zur Emissionsverminderung und zum Schutz der Umwelt dem Stand der Technik entsprechen sollen. Was «Stand der Technik» ist, hat Kalifornien mit seinen neuen Emissionsvorschriften für Fahrzeuge demonstriert.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 15. Mai 1991

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 15 mai 1991

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Präsident: Das Postulat wird von Herrn Scherrer bekämpft. Die Diskussion wird verschoben.

Verschoben – Renvoyé

91.3066

Postulat Reimann Maximilian
Unterbindung
von Mehrfach-Asylanträgen
Requêtes multiples
de demandeurs d'asile

Wortlaut des Postulates vom 14. März 1991

Der Bundesrat wird eingeladen, durch geeignete organisatorische Massnahmen beim Bundesamt für Flüchtlinge sicherzustellen, dass die an den Empfangsstellen administrativ erhobenen Fingerabdruckbogen von Asylbewerbern sofort, in jedem Fall aber innert Wochenfrist, in das System Afis eingelesen und mit den bereits im System befindlichen Fingerabdrücken verglichen werden, damit die häufigen Mehrfachgesuche von Asylbewerbern rasch erkannt und entsprechend behandelt werden können.

Texte du postulat du 14 mars 1991

Le Conseil fédéral est invité à garantir que des mesures organisationnelles soient prises à l'Office fédéral des réfugiés pour que les données dactyloscopiques des requérants d'asile recueillies dans les centres d'enregistrement à des fins administratives soient introduites dans le système AFIS immédiatement ou du moins dans un délai d'une semaine et que ces données soient comparées avec celles qui s'y trouvent déjà afin de découvrir au plus vite les nombreux cas de demandes d'asile multiples et d'y remédier.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aregger, Basler, Berger, Bezzola, Blocher, Bonny, Bühler, Burckhardt, Cavadini, Cincera, Columberg, Coutau, Daepf, Dietrich, Dreher, Eppenberger Susi, Fäh, Fischer-Hägglingen, Fischer-Sursee, Fischer-Seengen, Frey Walter, Friderici, Früh, Graf, Grassi, Gros, Gysin, Hari, Heberlein, Hess Otto, Hildbrand, Hösli, Houmard, Iten, Jeanneret, Kohler, Kühne, Loretan, Luder, Massy, Mauch Rolf, Meier Fritz, Müller-Wiliberg, Nebiker, Neuenschwander, Portmann, Reichling, Rohrbasser, Ruf, Rutishauser, Rüttimann, Rychen, Sager, Scherrer, Schnider, Schwab, Seiler Hanspeter, Spältli, Spoerry, Steffen, Steinegger, Stucky, Tschuppert, Weber-Schwyz, Wellauer, Widmer, Wyss Paul, Wyss William, Zölich, Zwingli (70)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Mit dem Automatisierten Fingerabdruck-Identifikationssystem (Afis) steht dem Erkennungsdienst des Schweizerischen Zentralpolizeibüros in Bern ein effizientes Hilfsmittel zur raschen und sicheren Vergleichung von Fingerabdrücken zur Verfügung. Auch das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) be-

dient sich im Rahmen der erkennungsdienstlichen Behandlung von Asylbewerbern in den vom Bund bezeichneten Empfangsstellen dieses Systems.

Bei der Verarbeitung der an den Empfangsstellen administrativ erhobenen Fingerabdruckbogen dauert es oftmals viel zu lange, bis diese Bogen ins Afis eingelesen werden, was offensichtlich auf personelle Unterdotierung und auf eine unzureichende Organisation beim BFF zurückzuführen ist.

So dauert es oft mehrere Monate, bis festgestellt werden kann, dass ein bestimmter Asylbewerber unter einem anderen Namen bereits früher ein Asylgesuch eingereicht oder zumindest an einer anderen Empfangsstelle auch schon um Asyl nachgesucht hat.

Derartige Fälle von Mehrfachanträgen häufen sich und verursachen in den Kantonen und beim Bund unnötige Mehrarbeit, speziell wenn Beschwerdeverfahren durchgezogen werden müssen. Im vergangenen Jahr wurden allein im Kanton Aargau rund 100 derartige Mehrfachgesuche aufgedeckt, die bei früherer Erkennung mit einem beträchtlichen Minderaufwand hätten bearbeitet werden können.

Eine speditive Eingabe der Asylanträge-Fingerabdruckbogen ins Afis ist notwendig und dringlich, weil durch die rasche Erkennung von Mehrfach-Asylanträgen viel unnötige Arbeit der Sachbearbeiter eingespart werden kann, weil sich dadurch die hohen Dolmetscherkosten reduzieren lassen und weil generell der Anreiz für abgewiesene Asylbewerber, einfach ein Zweit- oder Drittgesuch einzureichen, wesentlich vermindert werden könnte.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 15. Mai 1991

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 15 mai 1991

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

91.3122

Postulat Leutenegger Oberholzer
Schweizer Pass für Schweizerinnen
Passeport des Suissesses

Wortlaut des Postulates vom 22. März 1991

Der Bundesrat wird eingeladen, im Schweizer Pass dem Gleichstellungsartikel der Bundesverfassung vollumfänglich Rechnung zu tragen, indem er durchwegs eine korrekte, das weibliche Geschlecht nicht diskriminierende Sprache gewährleistet. Dazu sind insbesondere die Texte auf Seite 1 und Seite 3 des Passes («Der Inhaber dieses Passes ist Schweizerbürger» bzw. «Unterschrift des Inhabers») entsprechend zu ändern.

Texte du postulat du 22 mars 1991

Le Conseil fédéral est invité à faire appliquer l'article constitutionnel sur l'égalité entre femmes et hommes dans la formulation des textes figurant dans le passeport suisse et de faire rédiger ceux-ci dans une langue correcte qui ne discrimine par les femmes. Il convient en particulier de modifier ceux qui se trouvent aux pages 1 et 2 («Le titulaire de ce passeport est citoyen suisse» et «signature du titulaire»).

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bär, Bäumlin, Diener, Dormann, Fankhauser, Gardiol, Grendelmeier, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Heberlein, Jeanprêtre, Leemann, Nabholz, Pitteloud, Stamm, Stocker, Uchtenhagen, Ulrich (19)

Postulat Danuser Revision der Abgasverordnung 87

Postulat Danuser Gaz d'échappement. Révision de l'ordonnance 87

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.939
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.06.1991 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1349-1350
Page	
Pagina	
Ref. No	20 020 068

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.